

**PROJEKTGRUPPE HOCHSCHULFORSCHUNG**

Berlin-Karlshorst

Henri Adler

**Zum Wanderungsgeschehen beim Hochschulzugang  
in den neuen Bundesländern**

**PROJEKTBERICHTE**

**4 / 1994**

---

Berlin 1994

***PROJEKTGRUPPE HOCHSCHULFORSCHUNG***

Berlin-Karlshorst

Henri Adler

**Zum Wanderungsgeschehen beim Hochschulzugang  
in den neuen Bundesländern**

Berlin, Dezember 1994

Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst wurde auf Initiative und durch Förderung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft am 1. Februar 1991 eingerichtet.

Leiter: Prof. Dr.-Ing. Carl-Hellmut Wagemann,  
Technische Universität Berlin

Autor: Dr. Henri Adler

Mitwirkung bei der  
Textgestaltung: Ingrid Splettstößer

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Autors.

Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst  
Aristotelessteig 4  
10318 Berlin  
Tel. (030) - 5019 2949  
Fax. (030) - 5019 2941  
ISSN 0941-8776

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Kurzfassung	5
1. Vorbemerkungen	9
2. Bildungswanderung beim Hochschulzugang in der DDR	11
3. Bildungswanderung in der Phase des Umbruchs 1990/1991	19
4. Veränderungen im Wanderungsverhalten ab 1992	27
5. Ausblick	37
6. Literaturverzeichnis	41



## Kurzfassung

1. Unmittelbar nach der politischen Wende in der DDR und mit den Möglichkeiten für ostdeutsche Studierwillige des Zuganges zu den bundesdeutschen Hochschulen besaßen Fragen der räumlichen Mobilität bzw. des Wanderungsverhaltens Studierwilliger in den hochschulpolitischen Diskussionen und Entscheidungen einen hohen Stellenwert. Einerseits wurden die Voraussetzungen für den Zugang zu den Hochschulen im alten Bundesgebiet geschaffen. Andererseits sollte durch Öffnung des Hochschulzuges in der DDR eine übermäßige Nachfrage nach Studienplätzen durch ostdeutsche Studierwillige verhindert werden.
2. Ostdeutsche Studienbewerber waren Ende der 80er Jahre bei der Wahl der Hochschule sehr mobil. Durchschnittlich bewarben sich 54 Prozent von ihnen an Hochschulen außerhalb der Grenzen ihrer jetzigen Heimatbundesländer. Das waren erheblich mehr als durchschnittlich im alten Bundesgebiet Studienanfänger Hochschulen außerhalb des Heimatbundeslandes aufsuchten (22 Prozent).  
Die hohe räumliche Mobilität von Studienbewerbern in der DDR wurde in erster Linie durch das regional spezialisierte Studienangebot hervorgerufen. Geringe Bevölkerungsdichte, begrenzte Zulassungszahlen und ein teilweise tiefgegliedertes Fachangebot führten zu einer Vielzahl kleiner und meist spezialisierter Hochschulen. Die Ausbildungsstruktur war eingeordnet in eine sehr differenzierte Regionalstruktur, wodurch eine regional sehr unterschiedliche Ausstattung mit Studienangeboten bestand mit Schwerpunkt im sächsischen Raum.  
Die Folge war im erhöhten Maße erzwungene Wanderung, die aber im Zusammenhang mit dem differenzierten Fachangebot regional unterschiedlich ausgeprägt war. In diesem Rahmen erfolgte jedoch Bildungswanderung bei der Studienaufnahme tendenziell nach dem Gesichtspunkt der Wahl der nächstgelegenen Hochschule.  
Andererseits verfügten ostdeutsche Studienbewerber über ein verhältnismäßig hohes Maß an Mobilitätsbereitschaft, weil die sozialen Rahmenbedingungen - nicht rückzahlbares Stipendium, subventionierte Preise und hoher Ausstattungsgrad mit Wohnheimplätzen - Fernwanderung erleichterten.
3. Für Studierwillige aus dem ostdeutschen Raum eröffneten sich mit dem gesellschaftlichen Umbruch kurzfristig erweiterte Studienmöglichkeiten an den Hochschulen im alten Bundesgebiet. Die noch begrenzte Zahl Studienberechtigter aus den Abiturjahrgängen, eine stärkere soziale und regionale Bindung von Altabiturienten bzw. Vorzugelassener sowie Unsicherheiten und Unkenntnisse über die Studienbedingungen im alten Bundesgebiet waren spezifische Faktoren im Jahre 1990, die eine Abwanderung in die alten Länder in Grenzen hielt. Im Wintersemester 1990/91 hatten von allen

Studienanfängern mit Wohnsitz in den fünf neuen Ländern ca. 6 Prozent das Studium im alten Bundesgebiet begonnen.

Im Wintersemester 1991/92 nahm die Zahl der Bildungswanderer in das alte Bundesgebiet sichtlich auf ca. 3.000 Personen, d. h. um etwa ein Drittel zu. Das waren 10,5 Prozent aller Studienanfänger aus den fünf neuen Ländern.

Das Interesse an einem Studium im alten Bundesgebiet war unter studierwilligen Gymnasialschülern und Abiturienten wesentlich stärker ausgeprägt als aus dem realen Wanderungsgeschehen hervorgeht. Es wurde in bedeutendem Maße durch die spezifische Situation des gesellschaftlichen Umbruchs und speziell durch die Veränderungen im Hochschulbereich der neuen Länder ausgelöst. Als wichtigste Gründe für die Erwägung eines Studiums im alten Bundesgebiet nannten befragte Gymnasialschüler 1991, daß in den alten Ländern das Ausbildungsniveau höher sei (56 Prozent) und die Hochschulabschlüsse besser anerkannt würden (34 Prozent).

Die Studierwilligen aus den neuen Ländern zeichneten sich allgemein durch ein großes Bestreben nach räumlicher Mobilität bei der Wahl der Hochschule aus. Über die Hälfte von ihnen wollte ein Studium außerhalb des Heimatbundeslandes aufnehmen.

Der Anteil der Studienanfänger aus dem alten Bundesgebiet an den Hochschulen in den fünf neuen Ländern war im Wintersemester 1991/92 noch sehr gering und betrug etwa 3 Prozent. Die Gründe für diese zurückhaltende Nachfrage waren offenbar Vorbehalte gegenüber der Leistungsfähigkeit der Hochschulen und den herrschenden Lebensbedingungen in den neuen Ländern.

4. Die strukturellen und qualitativen Veränderungen im Hochschulbereich der neuen Länder bewirkten ab 1992 einen Wandel in der Wanderungsorientierung Studierwilliger und im Wanderungsgeschehen. Er zeigte sich in einem nachlassenden Interesse Studierwilliger an einem Studium im alten Bundesgebiet und einer stärkeren Hinwendung der Studienanfänger zu den Heimathochschulen. Die wahrgenommenen Unterschiede im Ausbildungsniveau und Probleme bei der Anerkennung der Hochschulabschlüsse hatten als Gründe für die bevorzugte Wahl einer Hochschule im alten Bundesgebiet an Bedeutung und ihre dominierende Stellung verloren.

Im realen Wanderungsgeschehen machte sich dieses geringere Interesse noch nicht bemerkbar, denn im Wintersemester 1992/93 hatten sich noch etwas mehr Studienanfänger mit ständigem Wohnsitz in den fünf neuen Ländern als im Vorjahressemester (3.000 bis 3.200) an Hochschulen im alten Bundesgebiet eingeschrieben. Das waren ca. 14 bis 15 Prozent aller Studienanfänger aus diesen Ländern.

Trotz des geringeren Interesses an einem Studium in den alten Bundesländern gab es noch eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Wanderungsbestrebungen und deren Realisierung. Sie ergab sich vor allem deshalb, weil die Studierwilligen das

erwogene Studium oder die Bewerbung an einer Hochschule im alten Bundesgebiet hauptsächlich wegen schwieriger Wohnsituation (62 Prozent), überfüllter Hochschulen (47 Prozent) und finanzieller Probleme (46 Prozent) nicht verwirklichen konnten. Die Begründungen weisen auf die große Bedeutung der Wohnraumsituation am Hochschulort für die Mobilität bei der Studienaufnahme, darunter auch im neuen Bundesgebiet, hin.

In bedeutendem Maße wurde die Wanderungsorientierung auf die Hochschulen in den neuen Ländern jedoch von dem sich vollzogenen strukturellen Wandel im Hochschulbereich beeinflusst. Die Veränderungen im Angebot an Studienfächern in den Ländern bewirkten bereits eine nach Ländern zwar differenzierte, aber allgemein stärkere Hinwendung zu den Heimathochschulen. Im Wintersemester 1992/93 hatten durchschnittlich ca. 61 Prozent der Studienanfänger aus den fünf neuen Ländern das Studium an Hochschulen im Heimatbundesland aufgenommen. Damit besaßen sie noch immer eine deutlich größere räumliche Mobilität als ihre Kommilitonen in den alten Bundesländern.

An den Hochschulen in den neuen Ländern hatte sich der Anteil der Studienanfänger mit Herkunft aus dem Sitzland im Vergleich zu DDR-Zeiten bedeutend erhöht; am stärksten in Sachsen und am geringsten in Thüringen. Durchschnittlich hatten im Wintersemester 1992/93 knapp 10 Prozent der deutschen Studienanfänger in den neuen Ländern die Hochschulzugangsberechtigung im alten Bundesgebiet erworben, ca. 12 bis 13 Prozent hatten dort den ständigen Wohnsitz.

Damit hatte sich zwar die Zahl der Zuwanderer aus dem alten Bundesgebiet im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht, erreichte jedoch nur eine Quote von etwa 1,2 Prozent aller Studienanfänger aus den alten Bundesländern. Die Studienaufnahme an ostdeutschen Hochschulen stellte für einen bedeutenden Teil von ihnen nur eine notgedrungene Sekundärwahl dar.

5. Bei der Wahl der Hochschule besteht allgemein eine Diskrepanz zwischen Wanderungsbereitschaft und dem tatsächlichen Wanderungsgeschehen. Der Hauptgrund sind die sozialen Rahmenbedingungen, welche die Mobilität einschränken, insbesondere Probleme mit der Wohnraumbeschaffung am Hochschulort und der Studienfinanzierung. Bei einem Teil der Studienanfänger führt dies zu notgedrungener Seßhaftigkeit.

Der Verlauf des weiteren Wanderungsverhaltens von Studienanfängern im neuen Bundesgebiet hängt neben dem Fortgang der qualitativen und fachlich-strukturellen Entwicklung des Studienangebotes auch von der Gestaltung dieser sozialen Rahmenbedingungen zur Studienaufnahme ab. Eine besondere Stellung nimmt dabei die weitere Entwicklung des Angebotes an Wohnheimplätzen an den Hochschulen ein.

Der Ausbau der ostdeutschen Hochschullandschaft wird zu einem Attraktivitätsgewinn führen mit einer Stärkung der regionalen Funktion einerseits und der Anziehungskraft auf Fernwanderer andererseits. Daher ist zukünftig eine noch stärkere Hinwendung von Studierwilligen in den neuen Bundesländern zu den Heimathochschulen wie auch eine erhöhte Nachfrage nach Studienplätzen aus dem alten Bundesgebiet zu erwarten.

Der Attraktivitätsgewinn der ostdeutschen Hochschulen kann zudem zu einem vorübergehenden Rückgang des Anteils von Abwanderer zu den Hochschulen im alten Bundesgebiet führen. Infolge der im neuen Bundesgebiet zukünftig erheblich steigenden Studienanfängerzahlen ist jedoch kaum mit einem absoluten Rückgang der Zahl der Abwanderer zu rechnen. Unter Berücksichtigung des derzeit absehbaren strukturellen und regionalen Ausbaus der Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern kann längerfristig - bei besserer finanzieller Ausstattung der ostdeutschen Haushalte und der weiteren sozialen Integration und Annäherung der Lebensbedingungen an die alten Bundesländer - mit einem Wiederanstieg der Wanderungsquote in das alte Bundesgebiet auf ca. 15 Prozent der Studienanfänger aus den fünf neuen Ländern gerechnet werden.

Unter der Voraussetzung eines mit den Hochschulen im alten Bundesgebiet vergleichbaren Attraktivitäts- und mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und den Vorhaben der Länder absehbaren fachlich-strukturellen Ausstattungsniveaus der ostdeutschen Hochschullandschaft könnten zukünftig 2,5 bis 3 Prozent (im Wintersemester 1992/93 ca. 1,2 Prozent) der Studienanfänger aus dem alten Bundesgebiet zum Studium in die fünf neuen Länder kommen.

## 1. Vorbemerkungen

Beginnend mit der politischen Wende in der DDR und dem Fall der Mauer, endgültig dann mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, eröffneten sich den Studierwilligen im Osten Deutschlands erweiterte Möglichkeiten des Zuganges zum Hochschulstudium.

Die ersten gesamtdeutschen bildungspolitischen Aktivitäten und Maßnahmen Ende 1989/Anfang 1990 waren darauf gerichtet, die erforderlichen rechtlichen und finanziellen Bedingungen zu schaffen, daß ein Studium im Westteil Deutschlands für Bürger mit Wohnsitz im Osten möglich wurde. Andererseits wurde jedoch aufgrund der in der DDR noch bestehenden generellen Zulassungsbeschränkungen ein erheblicher Zustrom von ostdeutschen Studierwilligen an die Hochschulen im alten Bundesgebiet befürchtet. Daher wurde zunächst aus dieser Sicht die Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen in der DDR angestrebt, um die erwartete große Nachfrage nach Studienplätzen zum Teil auf die Hochschulen in Ostdeutschland zu orientieren (HRK-Arbeitsbericht 1990, S. 23/24).

Seinerzeit besaßen also Fragen der räumlichen Mobilität bzw. des Wanderungsverhaltens Studierwilliger in den hochschulpolitischen Diskussionen und Entscheidungen einen hohen Stellenwert. Aber auch die nach der Einheit Deutschlands getroffenen Entscheidungen über die Erneuerung des Hochschulbereiches sowie der gesellschaftliche und ökonomische Wandel in den neuen Bundesländern hatten Auswirkungen auf das Wanderungsgeschehen. Die einsetzenden strukturellen Veränderungen im Hochschulbereich unter der Kulturhoheit der Länder strebten nach dem Modell der regionalen Hochschule unter anderem eine möglichst weitgehende Versorgung mit Studienplätzen an. Damit entwickelten sich für Studierwillige innerhalb des neuen Bundesgebietes wie der einzelnen Länder neue Bedingungen für die Wahl der Hochschule hinsichtlich der Wanderungsdistanz und -richtung.

Räumliche Mobilität zum Bildungserwerb ist im Hochschulbereich wesentlich stärker erforderlich als in allen anderen Bildungsstufen. Nicht nur das relativ weitmaschige Standortnetz der Hochschulen erfordert von den meisten Studierwilligen selbst innerhalb ihres Heimatbundeslandes mehr oder weniger Wanderungsbereitschaft. Die Spezifik der wissenschaftlichen Ausbildung mit der Herausbildung besonderer, unterschiedlich akzentuierter und attraktiver Lehr- und Forschungsprofile regt zu hoher räumlicher Mobilität bei Studienaufnahme und während des Studiums an bzw. läßt diese wünschenswert erscheinen. Die Abnabelung der Jugendlichen vom Elternhaus ist zudem in der Regel ein alterstypischer Prozeß.

Andererseits neigen bekanntlich Studienanfänger aus verschiedenen rationalen und emotionalen Gründen dazu, möglichst die dem Wohnort nächstgelegene Hochschule aufzusuchen, d. h. relativ seßhaft zu sein und sich von günstig erreichbaren Angeboten zum Studium anregen zu lassen. Das Modell der regionalisierten und föderalen Hochschullandschaft kommt diesem Wanderungsverhalten, wenn auch nach Ländern unterschiedlich ausgeprägt, entgegen.

Mit der Beobachtung der Bildungswanderung zu den Hochschulen wird somit ein wesentlicher Aspekt der Bildungsfunktion des Hochschulbereichs reflektiert. In diesem Zusammenhang löst die Einheit Deutschlands nicht nur die Frage aus, wie sich die nunmehr erweiterte gesamtdeutsche Hochschullandschaft auf das Wanderungsgeschehen ausgewirkt hat. Für den Beobachter wie Akteur des Erneuerungsprozesses des Hochschulbereichs in den neuen Ländern ist es zudem interessant zu sehen, wie sich dieses Wanderungsgeschehen zusammen mit dem Erneuerungsprozeß bisher veränderte. Dabei ist von Interesse, wie sich der Übergang von einer zentralen gesamtstaatlichen Planung und Organisation des Hochschulnetzes in der DDR zu einer föderalen Organisation des Hochschulsystems, mit der ein möglichst vielfältiges Studienangebot in jedem Land angestrebt wird, auf das Wanderungsverhalten der Studierwilligen im neuen Bundesgebiet bereits auswirkt.

## 2. Bildungswanderung beim Hochschulzugang in der DDR

Ende der 80er Jahre hatten sich von den Studienbewerbern in der DDR durchschnittlich 46 Prozent an Hochschulen in den Grenzen ihrer jetzigen Heimatbundesländer beworben, d. h. 54 Prozent von ihnen wollten nicht an den Heimathochschulen studieren.<sup>+</sup> Diese Prozentzahl kann als Maß der räumlichen Mobilität bzw. der relativen Seßhaftigkeit im Wanderungsgeschehen herangezogen werden, auch wenn die erforderliche Wanderung zur Hochschule innerhalb des Bundeslandes oder die Wahl einer näher gelegenen Hochschule außerhalb des Heimatbundeslandes nicht berücksichtigt wird.

Die Bewerber spiegeln das Wanderungsverhalten bei der Wahl der Hochschule in der DDR, weil unbeeinflusst von Veränderungen im Zuge des Zulassungsverfahrens, am besten wider. Solche Veränderungen gab es bei Diskrepanzen zwischen der Nachfrage nach Studienplätzen und den vorgesehenen Aufnahmekontingenten an den Hochschulen sowie teilweise aufgrund von "Umlenkungsgesprächen" bezüglich der Wahl des Studienfaches. Allerdings setzte die Vermittlung an eine andere Hochschule des Einverständnis des Bewerbers voraus; im Prinzip bestand die freie Wahl der Hochschule. In der Summe wurde das Wanderungsgeschehen durch solche Maßnahmen jedoch kaum verändert. Von den schließlich Zugelassenen der Jahre 1986 bis 1989 konnten durchschnittlich etwa 47 Prozent an den Heimathochschulen bzw. 53 Prozent außerhalb der Heimatregion das Studium aufnehmen. Bewerber an den Heimathochschulen hatten im Durchschnitt eine etwas größere Chance zugelassen zu werden (84 Prozent) als jene an anderen Hochschulen (80 Prozent).<sup>++</sup> Im Zuge des Zulassungsverfahrens wurde somit Seßhaftigkeit möglichst gefördert. Das geschah offenbar vor allem deshalb, um die überbeanspruchten Wohnheimkapazitäten an den Hochschulen zu entlasten.

Ein Vergleich mit dem Wanderungsgeschehen im alten Bundesgebiet zeigt, daß Studierwillige in der DDR über ein sehr hohes Maß an räumlicher Mobilität verfügten. Von den Studienanfängern im alten Bundesgebiet hatten sich im Wintersemester 1990 durchschnittlich nur 22 Prozent an Hochschulen außerhalb ihres Heimatbundeslandes eingeschrieben.

Für die Wertung des Wanderungsgeschehens in der DDR sind die ihm zugrunde liegenden Merkmale und Besonderheiten des Systems der Hochschulbildung heranzuziehen. Zunächst sind einige Rahmenbedingungen zu nennen, welche für die Gestaltung der Hochschullandschaft in der DDR maßgeblich waren:

---

<sup>+</sup> Errechnet für die Jahre 1986 bis 1989 nach Daten der Zentralstelle für Studienbewerbungen Magdeburg.

<sup>++</sup> Errechnet für die Jahre 1986 bis 1989 nach Daten der Zentralstelle für Studienbewerbungen Magdeburg.

1. Die DDR verfügte im Vergleich zum alten Bundesgebiet durchschnittlich über eine geringe Bevölkerungsdichte mit einem deutlich ausgeprägten Süd-Nord-Gefälle in der Bevölkerungszahl. Daraus ergaben sich begrenzende Rahmenbedingungen und regionale Schwerpunkte für die Gestaltung des Netzes und die Größe der Hochschulen. Die Folge waren höhere Anforderungen an die räumliche Mobilitätsbereitschaft Studierwilliger. Aus den demographischen Gegebenheiten hervorgegangene regionale Schwerpunktbildungen in den Hochschulkapazitäten mit einem höheren Anteil im Süden der DDR können daher nicht generell als Disproportionen bezeichnet werden. Der angestrebte Ausgleich der regionalen Verteilung der Hochschulkapazitäten kann solche Schwerpunktbildungen nicht vollständig beseitigen.
  
2. Der Entwicklung der Hochschullandschaft wurden quantitative Grenzen gesetzt durch die an der Planung der Qualifikationsentwicklung und Beschäftigung von Hochschulabsolventen sowie nach dem Prinzip eines mit dem Studienabschluß garantierten Arbeitsplatzes ausgerichteten Zulassungszahlen zum Hochschulstudium. Dementsprechend konzentrierte sich die berufs- und studienberatende Tätigkeit bereits an den Schulen darauf, daß sich die Studierwilligen an den als notwendig erachteten fachlichen Zulassungsstrukturen zum Hochschulstudium orientierten. Dabei wurde angestrebt, daß bereits die Bewerberstruktur auf der Ebene der Kreise der DDR möglichst der zentral geplanten Struktur der Zulassungen nach Wissenschaftszweigen (den Fächergruppen vergleichbar) entsprechen sollte, um Umlenkungen im eigentlichen Zulassungsgeschehen einzuschränken. Mit dieser Orientierung wurden automatisch Rahmengrößen für das regional fachspezifische Aufkommen an Bewerbern und das damit verknüpfte Wanderungsgeschehen zu den Hochschulen gesetzt. Allerdings konnte diese Orientierung das reale Studienwahlverhalten nur begrenzt beeinflussen. Das belegen die sehr unterschiedlichen Anteilswerte nach Wissenschaftszweigen unter den Bewerbern aus den Kreisen der DDR in der folgenden Übersicht:

Übersicht 1: Struktur der Bewerbungen 1986 bis 1989 nach Wissenschaftszweigen sowie Minimal- und Maximalanteile nach Kreisen der DDR  
- in Prozent\* -

Wissenschaftszweig	Durchschnitt DDR	Minimum	Maximum
Mathematik/Naturwissenschaften	7,6	1,6	17,6
Ingenieurwissenschaften	37,4	15,1	50,2
Medizin	8,7	2,5	17,7
Agrarwissenschaften	6,3	2,1	19,8
Wirtschaftswissenschaften	13,2	7,6	23,5
Philosophisch-Historische Wissenschaften**	3,3	0,7	5,7
Kulturwissenschaften	1,9	0,0	4,1
Literatur- und Sprachwissenschaften	0,8	0,0	2,4
Kunst	0,9	0,0	2,9
Pädagogische Wissenschaften (Lehramt)	19,9	12,0	34,7
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	-	-

\* Quelle: Daten der Zentralstelle für Studienbewerbungen Magdeburg  
\*\* Einschließlich Rechtswissenschaft

Die Studienwahl erfolgte - bei aller Einflußnahme durch die Institutionen des Bildungsbereiches - offenbar im hohen Maße nach den Gesichtspunkten der Neigung zum Fach und der Attraktivität des damit auszuübenden Berufes unter den vorhandenen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Beschäftigungsbedingungen von Hochschulabsolventen. Bestätigt wird dies durch Ergebnisse einer Befragung von Studienanfängern im Jahre 1982, von denen jeweils etwa 73 Prozent angaben, daß sie das Studienfach gewählt hatten, weil "es vorhandenen Neigungen entspricht", "es zu einem interessanten Beruf führt", "es besonders interessiert". Nur 12 Prozent hatten dagegen im Fach das Studium begonnen, weil sie umgelenkt worden waren (Prozentanteile der Skalenwerte 1 + 2 nach einem sechsstufigen Antwortmodell) (vgl.: Schneider, G.: Studienwahlverhalten, S. 5 ff.). Bei der Wahl des Studienfaches spielten die regionalspezifischen sozialen, ökonomischen und infrastrukturellen Gegebenheiten eine bedeutende Rolle. Dazu gehörte auch das vorhandene bzw. günstig erreichbare Studienfachangebot, wie weiter unten gezeigt wird.

Insgesamt kann man sagen, daß der zentralen staatlichen Planung von Umfang und fachlicher Struktur der Zulassungen zum Studium eine regional differenzierte Nachfrage nach Studienplätzen gegenüberstand.

3. Das Hochschulwesen der DDR verfügte über ein tiefgegliedertes und teilweise sehr spezialisiertes Fachangebot. Das betraf insbesondere die überwiegend auf die produzierenden Bereiche der Wirtschaft ausgerichteten Studienrichtungen der Ingenieurwissenschaften mit 72 Fächern, der Agrarwissenschaften mit 18 und Wirtschaftswissenschaften mit 26. Aber auch die Zahl der Lehramtsstudiengänge war mit 50 Fächern vielfältig. Insgesamt wurde im Hochschulbereich in 265 Studienrichtungen (Stand 1987) ausgebildet.

Dies führte selbst in den quantitativ dominanten Ingenieur-, Wirtschafts- und Pädagogischen Wissenschaften (vgl. Übersicht 1) vielfach zu Fachrichtungen mit einem verhältnismäßig geringen Studienplatzangebot.

Die aufgeführten Rahmenbedingungen trugen wesentlich dazu bei, daß es in der DDR eine Vielzahl meist kleiner, spezialisierter Hochschulen (54) gab und daß selbst die Hochschulorte mit dem vielfältigsten Studienfachangebot - Berlin (Ost), Dresden und Leipzig - nur 20 bis 30 Prozent des Fächerspektrums abdeckten. Nahezu 60 Prozent aller Studienfächer wurden an nur einer Hochschule angeboten, so daß Bewerber für diese Fächer keine Auswahlmöglichkeiten nach Hochschulen besaßen. Jedoch war in diesen Fächern nur etwa ein Viertel der Studierenden eingeschrieben, d. h. die Mehrzahl der Studienanfänger in der DDR konnte mindestens zwischen zwei, darunter 15 Prozent zwischen mehr als drei Hochschulen wählen. Insgesamt war jedoch diese Wahlmöglichkeit mit im Mittel 2,1 Standorten je Fachrichtung sehr gering. Diese Besonderheiten in der Gestaltung des Hochschulnetzes waren der wesentliche Grund für den durchschnittlich hohen Grad räumlicher Mobilität bzw. geringer Verbleibensquote an den Heimathochschulen. Regional gab es in dieser Hinsicht jedoch erhebliche Unterschiede, weil die Hochschulkapazitäten in eine sehr differenzierte Regionalstruktur eingeordnet waren.

Sie war gekennzeichnet durch Verdichtungsräume und Wirtschaftsschwerpunkte neben dem Berliner Raum vor allem im Sächsischen (Dresden, Chemnitz und Leipzig-Halle) sowie durch zentrale Infrastruktureinrichtungen in den Kernstädten Berlin, Dresden und Leipzig. Dies führte, insbesondere auch im Zusammenhang mit den umfangreichen Zulassungszahlen in produktionsbezogenen Studienrichtungen, zu einer Konzentration von Ausbildungskapazitäten im Hochschulbereich vor allem im sächsischen Raum.

Regional ergab sich dementsprechend ein sehr unterschiedliches Angebot an Studienfächern. Während von allen im Hochschulbereich der DDR präsenten Studienfächern an den Hochschulen in Sachsen fast zwei Drittel angeboten wurden, waren es an den Hochschulen (in den jetzigen Grenzen) der anderen Länder höchstens ein Drittel (Sachsen-Anhalt, Berlin/Brandenburg) oder deutlich weniger (vgl. Übersicht 2).

**Übersicht 2:** Anteil an der Zahl der Studienfächer in der DDR<sup>1)</sup> und der Bewerber mit Studienwunsch an der Heimathochschule<sup>2)</sup> nach Hochschulen in den Grenzen der jetzigen Länder  
- in Prozent -

Hochschulen in den Ländern	Anteil an Studienfächer		Anteil Bewerber des Landes mit Studienwunsch Heimathochschule	
	gesamt	dar. mit Monostandort		
Berlin (Ost)	31	20	47	52 <sup>3)</sup>
Brandenburg	6	2	9	35 <sup>3)</sup>
Berlin/Brandenburg	34	22	-	41 <sup>3)</sup>
Mecklenburg-Vorpommern	20	7	50	
Sachsen	64	49	72	
Sachsen-Anhalt	33	15	44	
Thüringen	16	7	33	
<b>Insgesamt</b>	-	<b>100</b>	<b>46</b>	<b>50<sup>3)</sup></b>

1) Ermittelt nach: Hinweise für Studienbewerber, Studienjahr 1987/88

2) Berechnet nach Daten der Zentralstelle für Studienbewerbungen Magdeburg, Erfassungs-Zeitraum 1986 bis 1989

3) Berlin und Brandenburg als einheitlichen Raum betrachtet

Noch ausgeprägter ungleichgewichtig war die Standortverteilung der Fächer, in denen nur an einer Hochschule das Studium möglich war. Nahezu die Hälfte dieser Studienfächer war im sächsischen Raum angesiedelt, weitere 20 Prozent wurden nur in Berlin angeboten.

Infolgedessen waren einerseits die Wanderungsströme zur Studienaufnahme in erheblichem Maße auf die Hochschulen in Sachsen gerichtet. Andererseits begrenzte das vorhandene Fächerprofil die Möglichkeit, das Studium an den Heimathochschulen aufzunehmen. Aus der Übersicht 2 geht hervor, daß die Quote der Bewerber an den Heimathochschulen mit dem angebotenen Fächerspektrum im jeweiligen Land weitgehend korrespondierte. So hatten sich aufgrund des breiten Fachangebotes in Sachsen 72 Prozent der Bewerber aus diesem Raum auf die Heimathochschulen orientiert, während das sehr begrenzte Fächerspektrum an den thüringischen Hochschulen nur 33 Prozent der Bewerber aus Thüringen anziehen konnte. Dieses Wanderungsverhalten wurde sowohl durch die Spezifik des jeweiligen Fachangebotes als auch durch die Standortlage der Hochschulen modifiziert. Daher war die trotz begrenztem Fachangebot verhältnismäßig hohe Verbleibensquote im Mecklenburger Raum u. a. durch die relativ große Distanz zu den anderen Hochschulstandorten in der DDR bedingt.

Der Vergleich macht deutlich, daß dort, wo ein breites Studienangebot vorhanden war, wie in Sachsen, auch ein hoher Anteil der Bewerber zum Verbleib an den Heimathochschulen neigte. Die Wahl der Hochschule und damit die Bildungswanderung bei Aufnahme des Studiums erfolgten somit auch unter den Bedingungen des Hochschulzuganges in der DDR tendenziell nach dem Gesichtspunkt der relativen Seßhaftigkeit. Diese Neigung zur Seßhaftigkeit im Wanderungsgeschehen äußert sich auch darin, daß ein Teil der Studierwilligen in der DDR das Studienfach nach dem Gesichtspunkt geringer Distanz zwischen Wohn- und Hochschulort gewählt hatte. Aus der bereits erwähnten Befragung von Studienanfängern Anfang der 80er Jahre (Schneider, G., S. 5 ff.) geht hervor, daß für 31 Prozent der Studienanfänger die günstige Lage des Studienortes für die Wahl der Fachrichtung bedeutsam war. Dieser bedeutende Einfluß des Distanzfaktors auf die Fachwahl muß jedoch unter der Bedingung der differenzierten Fächergliederung gesehen werden. Sie ermöglichte in stärkerem Maße als gegenwärtig eine alternative Wahl zwischen verwandten Fächern. Eine entsprechende Frage an Studienanfänger Ende der 60er Jahre, als in der DDR nur unter etwa 200 Studienfächern die Wahl bestand, wurde nur von 15 Prozent der Befragten positiv beantwortet (unveröffentlichtes Arbeitsmaterial am Institut für Hochschulbildung Berlin, 1972). Aber auch dieser Wert unterstreicht, daß in der DDR bei der Wahl der Hochschule ähnliche Grundzüge des Wanderungsverhaltens bestanden wie in der Bundesrepublik.

Wenn dieses zur Seßhaftigkeit neigende Wanderungsverhalten durchschnittlich nur begrenzt wirksam wurde, so ist dies in erster Linie die Folge der beschriebenen Bedingungen in den Ausbildungs- und Standortstrukturen des Hochschulbereichs der DDR. Sie führten teilweise in dem von GEISLER für die Funktion der bundesdeutschen Hochschullandschaft Anfang der 60er Jahre festgestellten Sinne zur Zwangswanderung (Geißler, C., Teil 1, S. 89).

Dennoch ist festzustellen, daß Studierwillige in der DDR eine größere räumliche Mobilität besaßen als dies in der Bundesrepublik der Fall ist. Das geht daraus hervor, daß trotz des hohen Anteils der sächsischen Hochschulen am Fachangebot in der DDR die Bewerberquote aus diesem Raum an den Heimathochschulen mit 72 Prozent unter der durchschnittlichen Verbleibensquote von Studienanfängern im universitären Bereich der alten Bundesländer (77 Prozent) lag. In den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen zusammengenommen - mit einem ähnlichen Anteil am Fachangebot im universitären Bereich (65 Prozent) wie an den sächsischen Hochschulen - verblieb eine um etwa 10 Prozentpunkte höhere Quote der Studierwilligen (83 Prozent) an den Heimathochschulen.\* Selbst im Studienfach Medizin, für das es in der DDR in den Grenzen aller jetzigen Länder (Berlin/Brandenburg als Einheit) Studienmöglichkeiten gab, orientierten sich durchschnittlich ebenfalls nur 72 Prozent der Bewerber auf die Heimathochschulen.\*\*

---

\* Berechnet nach: Daten des Statistischen Bundesamtes, WS 1990/91, Tabelle III.4.

\*\* Stand 1990, berechnet nach Daten der Zentralstelle für Studienbewerbungen Magdeburg

Offenbar wurde die hohe räumliche Mobilität der Studienbewerber in der DDR nicht allein durch die Standortverteilung der Hochschulkapazitäten hervorgerufen. Von den Standortstrukturen relativ unabhängig verfügten die Studierwilligen über eine größere Wanderungsbereitschaft. Sie wurde dadurch gefördert, daß das Studium weitgehend sozial abgesichert war. Ein nicht rückzahlbares Stipendium, subventionierte Preise und die vorhandenen Wohnheimkapazitäten führten dazu, daß Probleme der Finanzierung des Studiums und der Wohnungssuche - bekanntlich wesentliche Aspekte der Hochschulwahl - die Studien- und Hochschulwahl meist nicht einschränkten. Vor allem die bedeutende Zahl an Wohnheimplätzen zu geringem Entgelt im Hochschulbereich - Mitte der 80er Jahre waren 75 Prozent aller Studierenden in Wohnheimen untergebracht\* - erleichterte, bei allen qualitativen Mängeln dieser Kapazitäten, die Fernwanderung von Studierwilligen. Infolgedessen drückt das Wanderungsverhalten eine geringere Distanzempfindlichkeit von Studierwilligen bei der Wahl der Hochschule aus.

Insgesamt war das Wanderungsgeschehen in der DDR gekennzeichnet durch

- ein strukturell und standörtlich bedingtes durchschnittlich hohes Maß an erforderlicher räumlicher Mobilität von Studierwilligen einerseits und
- größere Möglichkeiten zur räumlichen Mobilität, d. h. den Anforderungen an Fernwanderung sowie den individuellen Vorstellungen bei der Wahl der Hochschule nachgehen zu können andererseits sowie
- eine partielle Regulierung der Wanderungsströme im Rahmen der Auslastung vorhandener bzw. geplanter Ausbildungskapazitäten an den einzelnen Hochschulen und von fachbezogenen Umlenkungen.

---

\* Quelle: Statistisches Jahrbuch des Hochschulwesens der DDR, 1989, Tab. 3.1.2



### 3. Bildungswanderung in der Phase des Umbruchs 1990/1991

Bereits vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland erhielt der Hochschulzugang für ostdeutsche Studierwillige eine neue Qualität. Bald nach dem Fall der Mauer wurden die Voraussetzungen geschaffen, daß die westdeutschen Hochschulen sowie der Hochschulstandort Berlin-West ab Sommersemester 1990 für Studierwillige mit Wohnsitz in der DDR zugänglich wurden. Damit hatten sich für ostdeutsche Studierwillige die Möglichkeiten der Studienwahl nach Art, Fach und Ort des Studiums nahezu schlagartig verändert bzw. erweitert, ohne daß sich im Hochschulbereich der DDR selbst ein Transformationsprozeß vollzogen hatte.

Es waren somit einerseits völlig neue Bedingungen für die Wahl der Hochschule und die Herausbildung von Wanderungsströmen entstanden. Andererseits erfolgte mit der Öffnung der ostdeutschen Hochschulen zugleich eine indirekte Einwirkung auf die voraussichtlichen Wanderungsströme, um massive Abwanderungen zu den westdeutschen Hochschulen zu verhindern. Die hauptsächliche Veränderung im Wanderungsgeschehen zu den Hochschulen in dieser Zeit des Umbruchs betraf somit die Orientierung ostdeutscher Studierwilliger auf die Hochschulen im alten Bundesgebiet.

In welchem Ausmaß eine solche Orientierung bereits zum Wintersemester 1990/91 eingetreten war, läßt sich aufgrund des Fehlens gesicherter statistischer Daten nur bedingt einschätzen. Nach Mitteilung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hatten von den Studienanfängern im Wintersemester 1990/91 an den Hochschulen im alten Bundesgebiet 3.200 die Hochschulzugangsberechtigung auf dem Gebiet der fünf neuen Länder erworben (HRK-Mitteilungen, S. 8), nach einer später veröffentlichten und noch lückenhaften Dokumentation sogar ca. 4.000. Ein inzwischen möglicher Vergleich mit den endgültigen Daten der Statistischen Landesämter für das Wintersemester 1992/93 läßt erkennen, daß zum Zeitpunkt der HRK-Erfassung durchschnittlich um ca. 20 Prozent überhöhte Zahlen angegeben wurden, weshalb der erstgenannte Wert realistischer erscheint.

Bei der Einschätzung dieser Zahl ist jedoch zu beachten, daß darin die Studienaufnahme von Übersiedlern aus der DDR enthalten ist, deren Anteil im Wintersemester 1990/91 besonders hoch gewesen sein dürfte. Nimmt man an, daß 30 Prozent der Anfänger den Wohnsitz bereits im alten Bundesgebiet hatten, dann waren ca. 2.250 Studienanfänger auf dem Wege der Bildungswanderung aus den neuen Ländern an die Hochschulen im alten Bundesgebiet gekommen. Das waren ca. 6 Prozent aller Studienanfänger aus den fünf neuen Ländern.

Diese verhältnismäßig geringe Zahl und Quote von Abwanderern belegt zunächst die erhoffte Wirkung der Öffnung der Hochschulen auf das Wanderungsgeschehen. Es gab aber verschiedene Faktoren und Gründe, wodurch sich die Wanderung ostdeutscher Studierwilliger zu den Hochschulen im alten Bundesgebiet zu diesem Zeitpunkt in Grenzen hielt:

- Ein bedeutender Teil der erhöhten Zulassungen im Studienjahr 1990/91 erwuchs aus dem vorzeitigen Studienbeginn von bereits Zugelassenen durch Verkürzung des Wehrdienstes und Wegfall von Vorpraktika. Von den bereits Zugelassenen war eine Umorientierung auf Hochschulen in den alten Bundesländern nur in begrenztem Umfang zu erwarten. Eine entsprechende Nachfrage nach Studienplätzen konnte daher eher von Altabiturienten und nicht zugelassenen Neubewerbern erfolgen.
  
- Das Potential noch studierwilliger Altabiturienten war begrenzt. Die relativ enge Ausrichtung der Abiturstufe an den quantitativen Belangen der Hochschulausbildung in der DDR führte zu einer verhältnismäßig hohen Zugangsquote von Studienberechtigten (ohne Fachschulabsolventen) zum tertiären Bildungsbereich. Etwa 90 Prozent der Berechtigten hatten an Hochschulen, zum Teil an Fachschulen, ein Direkt- oder Fernstudium aufgenommen.  
Da in der DDR Familiengründungen deutlich früher als in der Bundesrepublik erfolgten, war bereits ein bedeutender Teil der Altabiturienten sozial gebunden und hinsichtlich einer Veränderung der Lebenspläne weniger flexibel. Studierwillige waren daher auch im Hinblick auf die Wahl des Studienortes immobiler.
  
- Studierwilligen in der DDR fehlten Kenntnisse und Erfahrungen über das Studiensystem in der Bundesrepublik. Sie waren weder auf ein Studium im Sommersemester, auf ein rückzahlbares Stipendium und auf die Studienorganisation noch auf die Lebensbedingungen im Studium eingestellt. Die besondere finanzielle Situation ostdeutscher Studierwilliger verstärkte die Unsicherheiten über eine Studienaufnahme an einer westdeutschen Hochschule noch (vgl. Andrang aus dem Osten..., DUZ 21/90, S. 4).

Für die Studienwahl im Sommer 1990 war auch von Bedeutung, daß die aus dem Beitritt zur Bundesrepublik für das Bildungs- und Beschäftigungssystem entspringenden Konsequenzen noch nicht vollständig von der Bevölkerung erfaßt und in Bildungsentscheidungen umgesetzt werden konnten. Insbesondere erst der mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und den Beschlüssen der Landesregierungen in Gang gesetzte fachlich-strukturelle Um- und Ausbau des Hochschulsystems im neuen Bundesgebiet ließ die Dimension der Veränderungen sichtbar werden. Die Wirkungen des einsetzenden Transformationsprozesses in den Hochschulstrukturen konnten sich daher erst stärker im Studienwahlverhalten ab dem Wintersemester 1991/92 zeigen.

Innerhalb eines Jahres hatte sich das Bestreben zur Studienaufnahme im alten Bundesgebiet sichtlich erhöht. Aus einer Sondererhebung des Statistischen Bundesamtes geht hervor, daß im Wintersemester 1991/92 an den Hochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) im alten Bundesgebiet fast 3.000 Studienanfänger mit Wohnsitz in den fünf neuen Ländern das

Studium begonnen hatten, etwa ein Drittel mehr als im Vorjahressesemester. Damit waren etwa 10,5 Prozent aller Studienanfänger aus den fünf neuen Ländern zum Studium an Hochschulen im alten Bundesgebiet gewandert. Die Zahl der Studienanfänger mit einer in den fünf neuen Ländern erworbenen Hochschulzugangsberechtigung lag jedoch deutlich höher, weil noch in bedeutendem Umfang Übersiedler mit Abitur das Studium in den alten Ländern aufnahmen. Nach Schätzung auf Grundlage der HRK-Dokumentation für das Wintersemester 1991/92 gab es im alten Bundesgebiet ca. 3.800 Studienanfänger mit einer in den fünf neuen Ländern erworbenen Hochschulzugangsberechtigung. Der Anteil der Übersiedler unter ihnen betrug somit ca. 20 Prozent.

Aus der Ost-West-Wanderung geht hervor, daß unter ostdeutschen Studierwilligen bereits eine verstärkte Nachfrage nach Fachhochschulstudienplätzen bestand, die durch das Angebot in den neuen Ländern noch nicht befriedigt werden konnte. Während von den Studienanfängern im Wintersemester 1991/92 aus den fünf neuen Ländern insgesamt erst ca. 8 Prozent ein Studium an Fachhochschulen begannen, hatten sich von den Abwanderern in die alten Bundesländer über 16 Prozent an Fachhochschulen eingeschrieben.

Das Interesse an einem Studium im alten Bundesgebiet war im Jahre 1991 unter Studierwilligen jedoch wesentlich größer, als aus dem tatsächlichen Wanderungsgeschehen zu erkennen ist. Das belegen die Angaben Studierwilliger in Befragungen von Gymnasialschülern und Abiturienten. Auch wenn die gewonnenen Daten der Befragungen und der einzelnen Jahre aufgrund unterschiedlicher Erfassungsgesamtheiten nicht miteinander verglichen werden können, wird sichtbar, daß insbesondere im Jahre 1991 ein hoher Anteil der Studierwilligen ein Studium an Hochschulen in den alten Bundesländern anstrebte (vgl. Übersicht 3). Dabei ist zu berücksichtigen, daß von den studierwilligen Abiturienten 1991 und 1992 mit Studienziel Berlin etwa zwei Drittel an den Hochschulen im Westteil der Stadt das Studium beabsichtigten.\* Darin kommt zum Teil bereits die neue regionale Funktion zum Ausdruck, welche die Hochschulen im Westteil der Stadt schlagartig als Bestandteil der ostdeutschen Hochschul-landschaft einnahmen.

---

\* Die Befragung der Gymnasialschüler und der Abiturienten 1993 ließen keine Aufgliederung nach den Studienzielen im Ost- und Westteil der Stadt zu.

Übersicht 3: Befragung von Gymnasialschülern<sup>1)</sup> und von Abiturienten<sup>2)</sup> nach dem Land des angestrebten Hochschulortes<sup>3)</sup> - Verteilung auf Regionen -  
- in Prozent -

Region	Gymnasialschüler <sup>4)</sup>		Abiturienten <sup>4)</sup>		
	1991 <sup>5)</sup>	1992	1991 <sup>6)</sup>	1992	1993
Heimat-Bundesland	43	42	46	47	59
andere neue Länder	6	8	15	13	12
Berlin	7	12	15	13	10
alte Bundesländer	43	36	24	27	19
Ausland	1	2	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

- 1) Befragung von Gymnasialschülern der 9. und 11. Klasse am Ende des Schuljahres durch Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
- 2) Befragung des Statistischen Bundesamtes nach: Zur wirtschaftlichen..., S. 72 (1991); Studien- und Berufswünsche..., 1992, S. 14/15 und 1993, S. 14/15
- 3) Ohne Befragte aus Berlin-Ost
- 4) Nur Studierwillige
- 5) Nur Studierwillige aus den Ländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt
- 6) Ohne Abiturienten mit Studienabsichten an Fachhochschulen, im Unterschied zu den folgenden Jahren

In der Befragung der Gymnasialschüler 1991 gaben sogar 77 Prozent an, ein Studium in den alten Ländern (einschließlich Berlin-West) in Erwägung zu ziehen (vgl. Adler, H., S. 9). Die ostdeutschen Studierwilligen standen einem Studium im alten Bundesgebiet zu diesem Zeitpunkt also sehr aufgeschlossen gegenüber.

Das große Interesse der ostdeutschen Studierwilligen an einem Studium im alten Bundesgebiet wurde in bedeutendem Maße durch die spezifische Situation des gesellschaftlichen Umbruchs und darunter insbesondere der Veränderungen im Hochschulbereich der neuen Länder ausgelöst. Das geht aus den Antworten hervor, mit denen die studierwilligen Gymnasialschüler die Erwägung eines Studiums im alten Bundesgebiet begründeten. Als wesentliche Gründe wurden genannt, daß an den Hochschulen der alten Länder das Ausbildungsniveau höher sei von 56 Prozent der Schüler, die dort erworbenen Hochschulabschlüsse besser anerkannt werden würden von 34 Prozent, in den alten Bundesländern generell bessere Möglichkeiten bestünden von 22 Prozent und die Ausstattung der Hochschulen besser sei von 13 Prozent (vgl. Übersicht 4).

Übersicht 4: Wichtigste Gründe von studierwilligen Gymnasialschülern für die Erwägung eines Studiums in den alten Bundesländern<sup>1)</sup>  
 - Anteil der Nennungen an Antwortende insgesamt in Prozent<sup>2)</sup> -

Grund	1991 <sup>3)</sup>	1992 <sup>3)</sup>
Höheres Ausbildungsniveau	56	23
Bessere Anerkennung des Hochschulabschlusses	34	19
Generell bessere Möglichkeiten in alten Bundesländern	22	26
Bessere Ausstattung der Hochschulen	13	12
Studienfach nur dort vorhanden	8	19
Kennenlernen von Neuem	7	12

- 1) Nur Schüler der in beiden Befragungen erfaßten Schulen in den Ländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt  
 2) Offene Frage mit Mehrfachantworten  
 3) Schüler der 9. und 11. Klasse am Ende des Schuljahres

Die hauptsächlich genannten Gesichtspunkte lassen erkennen, daß für einen bedeutenden Teil der Schüler - und sicherlich auch für die Abiturienten dieses Jahrganges - der qualitative Zustand und die Anfangsschwierigkeiten im Prozeß der Neustrukturierung des ostdeutschen Hochschulsystems, die realen und vermeintlichen Probleme der Anerkennung von Hochschulabschlüssen sowie die desolatte wirtschaftliche Situation im ostdeutschen Raum den Anlaß bildeten, ein Studium im alten Bundesgebiet zu erwägen. Dieser Einfluß zeigt sich auch in der fachspezifischen Wanderungsorientierung. In besonders hohem Maße wollten jene studierwilligen Schüler in die alten Bundesländer wandern, die ein Studium in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (49 Prozent), der Ökologie (47 Prozent) und der Kultur- und Sprachwissenschaften (44 Prozent) beabsichtigten, d. h. in Studienfächern, welche politisch stark belastet und in der DDR schwach entwickelt waren. In den anderen Fächergruppen bevorzugten weniger als 40 Prozent das Studium in den alten Ländern.

In der Phase des Umbruchs wurden somit die Wanderungsabsichten sowie der reale Wanderungsstrom zu den Hochschulen im alten Bundesgebiet, darunter in Berlin-West, durch die qualitativen und strukturellen Mängel des Hochschulbereichs und durch Verunsicherungen über die Bewertung der Hochschulbildung in den neuen Ländern sehr gefördert.

Sowohl diese fachspezifische Orientierung der befragten studierwilligen Schüler als auch die Nachfrage nach dem Hochschultyp zeigen, daß Studierwillige in den neuen Ländern ein Studium im alten Bundesgebiet zwar vor allem in Studienrichtungen anstrebten, in denen

Defizite im Angebot des Hochschulbereichs der neuen Länder gesehen wurden. Das Interesse an Studienmöglichkeiten im alten Bundesgebiet war aber auch hinsichtlich anderer Studienangebote beachtlich und somit allgemein stark ausgeprägt.

Die Vorstellungen der Studierwilligen über die Hochschulwahl lassen nicht nur eine starke Orientierung auf Hochschulen im alten Bundesgebiet, sondern darüber hinaus eine erhebliche Wanderungsbereitschaft im allgemeinen erkennen. Dieses war unter den studierwilligen Schülern noch stärker ausgeprägt als die Wanderungsbereitschaft der Bewerber Ende der 80er Jahre. Während von den befragten Schülern 1991 aus den drei Flächenländern durchschnittlich 57 Prozent außerhalb des Heimatbundeslandes studieren wollten, hatten sich von den Studierwilligen aus den entsprechenden Kreisen 47 Prozent nicht an den Heimathochschulen beworben (vgl. Adler, Abb. 3). Auch von den befragten Abiturienten 1991 gab noch über die Hälfte an, ein Studium außerhalb des Heimatbundeslandes aufnehmen zu wollen. Daß sie die Wandermöglichkeiten bereits stärker als die Schüler unter rationalen und die Rahmenbedingungen einer Hochschulwahl berücksichtigenden Gesichtspunkten einschätzten, zeigt der geringere, aber noch immer bedeutende Anteil von weit über 20 Prozent mit Wanderungsabsichten in die alten Bundesländer (vgl. Übersicht 3). Die Bereitschaft zur räumlichen Mobilität, darunter insbesondere zur Wahl einer Hochschule im alten Bundesgebiet war weitaus größer, als sich angesichts der realen Bedingungen und Umstände zur Studienaufnahme realisieren ließ.

Die Einheit Deutschlands veränderte objektiv auch die Hochschullandschaft aus der Sicht der Studierwilligen im alten Bundesgebiet. Dies betraf jedoch in der Phase des Umbruchs nicht das fachliche Spektrum der Studienmöglichkeiten. Es erfolgte vielmehr eine quantitative Erweiterung des Studienangebotes mit neuen Hochschulstandorten.

In dieser Umbruchphase bestand aber die für westdeutsche Studierwillige attraktive Besonderheit eines numerus-clausus-freien Hochschulzuganges in allen Fächern. Dies war durchaus ein nachfragefördernder Faktor.

Unter Studierwilligen im alten Bundesgebiet war jedoch das Interesse an einem Studium an Hochschulen im ostdeutschen Raum zunächst noch sehr gering. Das geht aus der Nachfrage nach Studienplätzen hervor.

Nach der HRK-Erhebung gab es im Wintersemester 1991/92 lediglich 730 Studienanfänger an den Hochschulen in den fünf neuen Ländern, welche die Hochschulzugangsberechtigung in den alten Ländern erworben hatten. Das waren nur ca. 3 Prozent aller deutschen Studienanfänger an den Hochschulen der fünf neuen Länder.\* Dieses sehr verhaltene Interesse an einer Studienaufnahme in den neuen Ländern hatte wahrscheinlich hauptsächlich Vorbehalte

---

\* Berechnet nach Hochschulstatistik 1991, GESTAL, unveröffentlichtes Material und HRK-Dokumentation, Studienanfänger an den Hochschulen in den neuen Ländern mit einer Hochschulzugangsberechtigung aus den alten Ländern.

sowohl hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Hochschulen als auch gegenüber den dort herrschenden Lebensbedingungen zur Grundlage.

Insgesamt wurde das Wanderungsgeschehen zu den Hochschulen während dieser Umbruchphase im Hochschulbereich der neuen Länder durch die vorhandenen und vermeintlichen Defizite in der Hochschulausbildung der neuen Länder bedeutend beeinflusst. Einerseits wurden dadurch die Wanderungsbestrebungen von ostdeutschen Studierwilligen zu den Hochschulen im alten Bundesgebiet gefördert. Dabei war das Interesse an einem Studium dort sehr viel größer als aus dem realen Wanderungsgeschehen zu entnehmen ist. Vor allem Probleme finanzieller Art und mit den außerhochschulischen und hochschulischen Bedingungen des Studiums hielten eine Abwanderung in die alten Länder in Grenzen. Andererseits bewirkten eben diese Ausbildungsdefizite im Hochschulbereich der neuen Länder, daß sich bestehende Vorbehalte unter Studierwilligen in den alten Bundesländern gegen ein Studium an Hochschulen in den neuen Ländern noch verstärkten. Daher war die Nachfrage nach Studienplätzen - trotz uneingeschränkter Zugangsmöglichkeiten - im Jahre 1991 noch sehr begrenzt.



#### 4. Veränderungen im Wanderungsverhalten ab 1992

Die bereits 1991 einsetzenden und ab 1992 stärker zur Wirkung gekommenen strukturellen und qualitativen Veränderungen im Hochschulbereich der neuen Länder bewirkten einen beginnenden Wandel in der Wanderungsorientierung Studierwilliger bzw. im realen Wandergeschehen.

Wesentliche Merkmale dieses Wandels sind eine nachlassende Orientierung Studierwilliger auf ein Studium im alten Bundesgebiet und eine stärkere Hinwendung zu den Heimathochschulen.

Eine solch veränderte Haltung zur Wahl von Hochschulen im alten Bundesgebiet signalisieren die Befragungen der Gymnasialschüler und Abiturienten. Von den befragten studierwilligen Gymnasialschülern 1992 bevorzugte ein geringerer Anteil ein Studium im alten Bundesgebiet als von den Befragten 1991 (vgl. Übersicht 3). Noch ausgeprägter tritt dieser Rückgang von 41 auf 31 Prozent unter den Studierwilligen der in beiden Befragungen erfaßten und damit regional vergleichbaren Schulen in den Flächenländern auf. Ein solches geringeres Interesse wird dann auch in der Befragung der Abiturienten 1993 im Vergleich zum Abiturjahrgang 1992 deutlich sichtbar (vgl. Übersicht 3). Daß der Rückgang nicht schon in der Vorjahresbefragung auftritt, kann zum Teil darauf zurückgeführt werden, daß in der 1991er Befragung nicht die Abiturienten mit Studienabsichten an Fachhochschulen einbezogen wurden. Von ihnen wollte aber ein wesentlich größerer Anteil als von den Abiturienten mit Studienabsichten im universitären Bereich das Studium in den alten Bundesländern aufnehmen.

Die Ursachen für die Veränderungen in der Wanderungsorientierung gehen aus den Gründen für die Erwägung eines Studiums im alten Bundesgebiet hervor, welche die studierwilligen Schüler angaben. Unter den Befragten im Jahre 1992 hatten als Gründe die wahrgenommenen Unterschiede im Ausbildungsniveau und Probleme mit der Anerkennung des Hochschulabschlusses wesentlich an Bedeutung und ihre 1991 dominierende Stellung unter den Motiven verloren. Dagegen nahmen die ostdeutschen Studierwilligen das noch breitere Spektrum des Studienangebotes offenbar in stärkerem Maße als die Vorjahrespopulation zur Kenntnis und als Beweggrund, ein Studium im alten Bundesgebiet anzustreben (vgl. Übersicht 4). Das geäußerte geringere Interesse an einem Studium in den alten Bundesländern entstand also in erster Linie deshalb, weil sich unter den studierwilligen Gymnasialschülern das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Hochschulen verstärkt hatte, d. h. die durch den Umbruch im Hochschulbereich ausgelösten Wanderungsimpulse nicht mehr wie zuvor wirkten. Der Rückgang des Interesses fiel jedoch weniger ausgeprägt aus, weil andere Gesichtspunkte, wie das breitere Studienangebot im alten Bundesgebiet, an Bedeutung gewannen.

Im realen Wanderungsgeschehen des Jahres 1992 zeigte sich jedoch noch kein rückläufiges Interesse an einem Studium im alten Bundesgebiet. Aus den Angaben der HRK (HRK-Dokumentation 33/1993) und den bisher vorliegenden endgültigen statistischen Daten über die Studienanfänger läßt sich eine grobe Einschätzung des Wanderungsgeschehens vornehmen. Nach den HRK-Daten läßt sich ermitteln, daß es im Wintersemester 1992/93 an den Hochschulen im alten Bundesgebiet (ohne Verwaltungsfachhochschulen) ca. 4.500 Studienanfänger mit einer in den fünf neuen Ländern erworbenen Hochschulzugangsberechtigung gegeben haben müßte. Das wären dann ca. 19 Prozent aller Studienanfänger aus den fünf neuen Ländern gewesen. Die nach der HRK-Erhebung ermittelten Studienanfängerzahlen aus den neuen Ländern sind aber im Vergleich zu den endgültigen statistischen Daten zu hoch. Die bereits vorliegenden endgültigen statistischen Daten der Statistischen Landesämter (ohne Bremen, Hamburg und Niedersachsen) weisen eine im Durchschnitt um etwas über 20 Prozent geringere Zahl aus. Unter der Annahme, daß die HRK-Zahlen für die Hochschulen der restlichen Länder ebenfalls entsprechend überhöht sind, reduziert sich die Anfängerzahl auf ca. 3.500. Danach hatten sich im Wintersemester 1992/93 von allen Studienanfängern mit einer in den fünf neuen Ländern erworbenen Hochschulzugangsberechtigung ca. 16 Prozent an den Hochschulen des alten Bundesgebietes eingeschrieben. Darin einbezogen sind jedoch jene Studienanfänger, die bereits vor der Bewerbung in das alte Bundesgebiet übergesiedelt waren. Wird angenommen, daß dieser Anteil etwas niedriger als 1991, d. h. bei 10 bis 15 Prozent lag, dann hatten 3.000 bis 3.200 Studienanfänger mit ständigem Wohnsitz in den fünf neuen Ländern bzw. 14 bis 15 Prozent aller Studienanfänger dieser Länder das Studium im alten Bundesgebiet aufgenommen.

Einerseits entspricht das etwa der Zahl der Bildungswanderer in das alte Bundesgebiet im Vorjahressemester. Andererseits ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine deutlich höhere Abwanderungsquote, weil die Zahl der Studienanfänger aus den fünf neuen Ländern im Wintersemester 1992/93 (ca. 22.000) - hauptsächlich infolge einer geringeren Zahl von Altabiturienten, eines demographisch bedingten Rückganges sowie einer stärkeren Orientierung auf das Sommersemester und auf Verwaltungsfachhochschulen - deutlich unter der des Vorjahressemesters lag. Dabei wurden die ca. 4.200 Studienanfänger nicht berücksichtigt, die im Wintersemester 1992/93 als Fachschulabsolventen in Brückenkursen zum großen Teil im Fernstudium an Fachhochschulen und im Zusatzstudium für Lehrer an Universitäten nur in den neuen Ländern mit der Nachqualifizierung begannen. Hier handelt es sich um eine besondere Ausbildungsgruppe, die weder mit den üblichen Studienanfängern im grundständigen Präsenzstudium verglichen werden kann, noch größtenteils als Potential für Bildungswanderung, darunter in die alten Bundesländer, in Erscheinung tritt.

Bemerkenswert ist, daß sich die Struktur des Wanderungsstromes in die alten Länder nach dem angestrebten Hochschultyp im Wintersemester 1992/93 gegenüber dem Vorjahressemester deutlich verändert hatte. Der Anteil der Studienanfänger aus den neuen Ländern an

Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) hatte sich zwar weiter auf über 20 Prozent erhöht, erreichte damit jedoch nicht mehr die Quote im Hochschulbereich der neuen Länder mit 25 Prozent. Der starke Ausbau des Fachhochschulbereichs in den neuen Ländern führte nicht nur zum allgemein bedeutenden Anstieg der Nachfrage nach Studienplätzen an Fachhochschulen, sondern trug auch zur Normalisierung der Orientierung auf die Fachhochschulen im alten Bundesgebiet bei.

Eine besondere Entwicklung nahm die Zahl der Studienanfänger aus den neuen Bundesländern an Verwaltungsfachhochschulen. Da dieser Hochschultyp in den neuen Bundesländern erst gegründet und aufgebaut werden mußte, konnte mit der Ausbildung in den neuen Ländern selbst erst im Wintersemester 1991/92 begonnen werden (ca. 500 Studienanfänger). Aufgrund des besonderen Auswahlverfahrens und der Zuweisung der Studienanfänger zu den Hochschulen konnten die alten Länder auf diesem Gebiet sehr schnell umfangreiche Ausbildungshilfe leisten. Hinzu kommt, daß sich die Verwaltungsfachhochschulen des Bundes sämtlich in den alten Bundesländern befinden. Daher hatten von den Studienanfängern im Wintersemester 1991 an Verwaltungsfachhochschulen aus den neuen Ländern insgesamt (ca. 1.600<sup>+</sup>) etwa zwei Drittel das Studium im alten Bundesgebiet aufgenommen.

Der zügige Ausbau dieses Hochschultyps in den neuen Ländern hatte zur Folge, daß sich bereits im Wintersemester 1992/93 die Studienanfängerzahl in den neuen Ländern mehr als verdreifachte und von den insgesamt auf ca. 2.400 gestiegenen Studienanfängern an Verwaltungsfachhochschulen aus den neuen Ländern insgesamt nur noch knapp 30 Prozent im alten Bundesgebiet das Studium begannen.<sup>\*\*</sup>

Das reale Wanderungsgeschehen zeigt, daß es im Jahre 1992 einen erheblichen Unterschied zwischen Bestreben zur Studienaufnahme im alten Bundesgebiet und deren Realisierung gab. Eine bedeutende Diskrepanz zwischen Absicht und Realisierung eines Studiums im alten Bundesgebiet bestand auch unter Studierwilligen im Jahre 1993.

Das belegen die Ergebnisse einer Befragung von Studienanfängern im Wintersemester 1993/94 an Hochschulen im Land Brandenburg und im Freistaat Sachsen. Von den Studienanfängern aus den neuen Ländern hatten ursprünglich ca. 20 Prozent ein Studium in den alten Ländern erwogen oder sich dort sogar beworben. Die Befragungsergebnisse geben zudem auch Auskunft über die Gründe, weshalb ein Studium an der Hochschule im alten

---

\* Quelle: Studenten an Hochschulen, WS 1991/92, S. 22 für die Studienanfänger in den neuen Bundesländern und eine Sondererhebung des Statistischen Bundesamtes: "Deutsche Studienanfänger mit Studium in den alten Bundesländern und Heimatwohnsitz in den neuen Ländern, Wintersemester 1991/92"

\*\* Ermittelt nach Studierendenstatistik WS 1992/93 der Statistischen Landesämter, Tab. 10, "Studienanfänger nach dem Kreis des HZB-Erwerbs" sowie Schätzung der Studienanfänger für die Hochschulen in den Ländern Bremen, Hamburg und Niedersachsen.

Bundesgebiet nicht aufgenommen worden war. Von den Befragten gaben (62 Prozent<sup>+</sup>) an, daß sie die beabsichtigte Hochschulwahl wegen der schwierigen Wohnsituation am Hochschulort nicht realisieren konnten. Als weitere wesentliche Gründe nannten 47 Prozent, daß die Hochschule überfüllt ist und 46 Prozent, daß das Studium dort (an einer Hochschule im alten Bundesgebiet) nicht finanzierbar ist.

Die Begründung unterstreicht die große Bedeutung der Wohnraumsituation am Hochschulort für die Mobilität im Wanderungsgeschehen bei der Studienaufnahme. Das gilt in besonderem Maße für eine Studienaufnahme an Hochschulen im alten Bundesgebiet, trifft aber zunehmend auch auf die Entscheidung über die Hochschulwahl in den neuen Bundesländern zu. Ostdeutsche Studienanfänger, die ursprünglich an einer anderen Hochschule in den neuen Ländern studieren wollten, nahmen hauptsächlich deshalb davon Abstand, weil neben zu großer Entfernung zum Heimatort (37 Prozent) eine schwierige Wohnsituation am Hochschulort bestand (35 Prozent).

Zwar wird die günstigere Bewertung der Wohnsituation am Hochschulort in den neuen Ländern sichtbar. Mit der weiteren Modernisierung der Wohnheime an den Hochschulen, verbunden mit einer bisher erfolgten Reduzierung der Zahl der Wohnheimplätze und mit höheren Mieten, dürfte dieser Faktor jedoch zukünftig auch bei der Hochschulwahl in den neuen Ländern ein größeres Gewicht erlangen und eher die Tendenz zur Seßhaftigkeit fördern.

Die Befragungsergebnisse belegen den bedeutenden Einfluß der sozialen Rahmenbedingungen bzw. von außerhochschulischen Faktoren auf die Realisierung von Wanderungsabsichten ostdeutscher Studierwilliger in die alten Bundesländer. Unter in dieser Hinsicht günstigeren Bedingungen wäre die Abwanderungsquote an Hochschulen im alten Bundesgebiet deutlich höher gewesen. Insofern wurde durch diese Wirkung von Anfang an eine stärkere Nachfrage nach Studienplätzen durch Studienberechtigte aus dem Osten Deutschlands eingeschränkt.

Von diesen außerhochschulischen Faktoren wurde zugleich auch die räumliche Mobilität der Studienanfänger im Rahmen der ostdeutschen Hochschullandschaft selbst, die nunmehr betrachtet werden soll, beeinflusst. Unter der Wirkung der sozialen Rahmenbedingungen für das Studium hat sich das Hochschulwahlverhalten ostdeutscher Studierwilliger zweifellos bereits verändert. In bedeutendem Maße wurde jedoch die Wanderungsorientierung auf die Hochschulen in den neuen Ländern von dem sich vollziehenden strukturellen Wandel im Hochschulbereich beeinflusst. Das zeigte sich beispielsweise an der Orientierung der befragten brandenburgischen Schüler, also dort, wo in besonders breitem Umfang die Entwicklung neuer Hochschulpotentiale in Angriff genommen wurde. Von ihnen bevorzugten 36 Prozent ein Studium an den Heimathochschulen, von Schülern aus Cottbus und Guben im Einflußbereich der Universitäten in Cottbus und Frankfurt (O) sogar 50 Prozent. Dagegen hatten

---

\* Merkmale "sehr wichtig" und "wichtig" eines fünfstufigen Antwortmodells

sich zu DDR-Zeiten (1986 bis 1989) aus den entsprechenden Kreisen nur 10 bzw. 11 Prozent der Studierwilligen an den Heimathochschulen beworben. Die Planung und beginnende Realisierung des Konzeptes der regionalen Hochschule spiegelte sich bereits in den Wandervorstellungen der Schüler wider. Noch deutlicher zeigt sich der Einfluß der Strukturveränderungen im Hochschulbereich auf die Wandervorstellungen in den Jahren 1992 und 1993, wenn der Grad der Orientierung von Studierwilligen auf die Heimathochschulen mit dem Angebot an Studienfächern und dessen Entwicklung verglichen wird. Die bestehenden Unterschiede zwischen den Ländern in der Ausstattung der Hochschulen mit Studienfächern spiegeln sich in der Grundstruktur in den Orientierungsquoten auf die Hochschulen im jeweiligen Heimatbundesland wider (vgl. Übersicht 5).

Übersicht 5: Anteil an den im ostdeutschen Raum<sup>1)</sup> angebotenen Studienfächern<sup>2)</sup> sowie der studierwilligen Abiturienten mit Studienabsichten im Heimatbundesland<sup>3)</sup> nach Bundesländern  
- in Prozent -

Bundesland	Anteil an Studienfächern WS 1992/93	Anteil Studienwunsch Heimatbundesland	
		1992	1993
Brandenburg <sup>4)</sup>	22	24	38
Brandenburg <sup>5)</sup>	83	63	70
Mecklenburg-Vorpommern	30	36	50
Sachsen	67	64	75
Sachsen-Anhalt	37	44	51
Thüringen	35	48	60
<b>Insgesamt</b>	-	<b>47</b>	<b>59</b>

1) Einschließlich in Berlin angebotene Studienfächer

2) Ohne Lehramtsstudiengänge, ermittelt nach: Studien- und Berufswahl 1992/93, S. 68 bis 103

3) Ermittelt nach: Studien- und Berufswünsche 1992, S. 14/15 und 1993, S. 14/15

4) Nur an Hochschulen im Land Brandenburg

5) Einschließlich an Hochschulen in Berlin

Ein Vergleich mit dem Fachangebot Ende der 80er Jahre in den Ländern in Übersicht 2 läßt erkennen, daß sich neben dem Land Brandenburg vor allem in Thüringen das Fächerspektrum erweitert hat. Dementsprechend verstärkte sich vor allem in diesen beiden Ländern die Hinwendung zu den Heimathochschulen. Zudem dürfte die Gründung und der Aufbau der Universität Erfurt bereits stimulierend auf diese Orientierung unter den thüringischen Abiturienten des Jahrganges 1993 gewirkt haben.

Die bisher verfügbaren statistischen Daten über die Herkunft der Studienanfänger nach dem Kreis des HZB-Erwerbs an den Hochschulen in den neuen und den meisten alten Bundesländern (ohne Bremen, Hamburg, Niedersachsen) gestatten bereits erste Aussagen über den Anteil der Studienanfänger, die an den Heimathochschulen das Studium aufnehmen.

Insgesamt hatten sich von den Studienanfängern aus den neuen Ländern im Wintersemester 1992/93 etwa 61 Prozent (65 Prozent Brandenburg und Berlin als Einheit) für ein Studium an den Heimathochschulen entschieden. Daraus geht die höhere Selbsthaftigkeit im Vergleich sowohl zu den Wanderungsvorstellungen der studierwilligen Schüler und Abiturienten als auch zum Wanderungsgeschehen zu DDR-Zeiten hervor. Die Verbleibensquote an den Heimathochschulen lag somit im Wintersemester 1992/93 durchschnittlich um 15 Prozentpunkte höher als Ende der 80er Jahre (vgl. Übersicht 2). Andererseits zeigt diese Quote, daß Studienanfänger in den neuen Ländern 1992 noch über eine deutlich höhere räumliche Mobilität bei Studienaufnahme verfügten als die Studienanfänger im alten Bundesgebiet.

Übersicht 6: Verbleibensquoten im Heimatbundesland der Studienanfänger<sup>1)</sup> im Wintersemester 1992/93 nach Bundesländern<sup>2)</sup>  
- in Prozent -

Land	Quote
Brandenburg <sup>3)</sup>	37
Brandenburg <sup>4)</sup>	66
Mecklenburg-Vorpommern	63
Sachsen	77
Sachsen-Anhalt	56
Thüringen	57

- 1) Ohne Studienanfänger an Verwaltungsfachhochschulen  
 2) Vorläufige Daten, bei Schätzung der Zahl Studienanfänger an den Hochschulen in Bremen, Hamburg und Niedersachsen; Berechnet nach Daten der Studierendenstatistik, WS 1992/93, Tab. 10, der Statistischen Landesämter  
 3) Nur an Hochschulen im Land Brandenburg  
 4) An Hochschulen im Land Brandenburg und in Berlin

Die Übersicht 6 läßt bedeutende Unterschiede zwischen den Ländern in der Orientierung auf die Heimathochschulen erkennen. Wird Brandenburg/Berlin als eine einheitliche Hochschulregion betrachtet, dann war die Bindung der Studierwilligen an die Heimathochschulen in Sachsen-Anhalt und Thüringen am geringsten ausgeprägt. Studienanfänger aus Sachsen verfügten zwar nach wie vor über die höchste Verbleibensquote an den Heimathochschulen.

Aber die Anfänger aus den anderen Ländern hatten in dieser Hinsicht - verglichen mit dem Wanderungsverhalten Ende der 80er Jahre (vgl. Übersicht 2) - deutlich aufgeholt.

Die Einbindung der ostdeutschen Hochschullandschaft in das bundesdeutsche Hochschulsystem, der Um- und Ausbau des Hochschulbereichs in den neuen Ländern mit der Gründung der Fachhochschulen, den Veränderungen im Fachangebot und in den Standortgegebenheiten führten bereits im Wintersemester 1992/93 zu einem tiefgreifenden Wandel bei der regionalen Herkunft des Studienanfängeraufkommens an den ostdeutschen Hochschulen im Vergleich zu DDR-Zeiten (vgl. Übersicht 7).

**Übersicht 7:** Regionale Herkunft der Bewerber 1986 - 1989<sup>1)</sup> und der Studienanfänger WS 1992/93<sup>2)</sup> an den Hochschulen in den Grenzen der neuen Bundesländer  
- in Prozent -

Bewerber/Anfänger aus den Ländern	Bewerber/Anfänger an den Hochschulen in											
	Berlin (O)		Brandenbg.		Mecklb.-Vorp.		Sachsen		Sachs.-Anh.		Thüring.	
	86-89	92/93	86-89	92/93	86-89	92/93	86-89	92/93	86-89	92/93	86-89	92/93
Berlin	25	60	10	13	5	2	6	1	3	1	4	1
Brandenburg	25	12	97	64	15	8	13	6	11	6	7	3
Berlin/Brandenburg	50	72	47	77	20	10	19	7	14	7	11	4
Mecklenburg-Vorpommern	13	4	7	2	62	72	6	2	5	2	4	1
Sachsen	17	6	22	6	6	3	47	70	17	9	17	10
Sachsen-Anhalt	11	4	16	4	9	3	13	8	51	67	13	8
Thüringen	9	2	8	1	3	1	15	6	13	7	55	64
Alte Bundesländer	-	12	-	10	-	11	-	7	-	8	-	13
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

1) Quelle: Daten der Zentralstelle für Studienbewerbungen Magdeburg über die Bewerber an den Hochschulen nach dem Kreis des Hauptwohnsitzes

2) Nur Studienanfänger im grundständigen Direktstudium nach dem Kreis des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Quellen: Studierendenstatistik der Statistischen Landesämter WS 1992/93, Tab. 10 sowie Sondererhebungen der Statistischen Landesämter und einzelner Hochschulen (Berlin, Sachsen) über die Zahl der Nachqualifizierer

Wesentliches Merkmal dieses Wandels ist, daß sich durchschnittlich der Grad der Territorialität der Hochschulen, d. h. der Anteil der Studienanfänger aus dem Land des Hochschulortes an der Gesamtzahl der Anfänger an der Hochschule in allen Ländern wesentlich erhöhte. Darüber hinaus werden länderspezifische Veränderungen im Wanderungsgeschehen sichtbar:

- Nach Ländern entwickelte sich diese Territorialquote zum Teil sehr unterschiedlich. Besonders stark erhöhte sie sich in Sachsen, weil die Zuwanderung von Studienanfängern aus dem gesamten übrigen ostdeutschen Raum deutlich nachgelassen hat. Dagegen erfolgte infolge zu DDR-Zeiten geringerer Zuwanderungen - vor allem aus dem Landesnorden - in Thüringen der geringste Anstieg dieser Quote.
- An den Hochschulen im Land Brandenburg erhöhte sich - im Gegensatz zu den anderen neuen Ländern - die Bedeutung Berlins als Quellgebiet für das Studierendenaufkommen. Das ist sowohl auf den bedeutenden Ausbau des Hochschulbereichs im Land Brandenburg als auch auf die zusätzliche Nachfrage nach Studienplätzen aus dem Westteil Berlins, insbesondere an den Hochschulen im Berliner Umland (Potsdam, Wildau), zurückzuführen. An diesen Einrichtungen hatten Studienanfänger aus Berlin einen Anteil von durchschnittlich 22 Prozent.
- Die Funktion Ost-Berlins als attraktives Hochschulzentrum in der DDR wurde mit der Einheit Deutschlands und insbesondere Berlins sowie durch die bereits veränderte ostdeutsche Hochschullandschaft in starkem Maße relativiert. Die Bedeutung des Zustroms von Studienanfängern aus dem gesamten ostdeutschen Raum ging zurück. Die neue Qualität des Hochschulstandortes Berlin kommt darin zum Ausdruck, daß ein bedeutender Teil des Wanderungsstromes aus den neuen Ländern auf die Hochschulen im Westteil der Stadt (43 Prozent) gerichtet ist. Mit dem vereinten Berlin haben die Hochschulen im Ostteil der Stadt einerseits an Einfluß im ostdeutschen Raum verloren und andererseits wurde die Ortsbezogenheit durch die Nachfrage nach Studienplätzen aus dem Westen Berlins zusätzlich verstärkt.
- Das alte Bundesgebiet entwickelte sich für die Hochschulen in den neuen Ländern schrittweise und nach Ländern in differenzierter Bedeutung zum Quellgebiet für das Studierendenaufkommen. Diese differenzierte Bedeutung ist vor allem auf Spezifika im Studienfachangebot, auf das relative Gewicht des Studienanfängeraufkommens aus den anderen Ländern, insbesondere dem jeweiligen Land und auf die Standortlage der Hochschulen des Landes zu den alten Bundesländern zurückzuführen.

An den Hochschulen in den fünf neuen Ländern hatten sich im Wintersemester 1992/93 insgesamt 1.950 Studienanfänger eingeschrieben, welche die Studienberechtigung im alten Bundesgebiet erworben hatten. Das waren knapp 10 Prozent aller deutschen Studienanfänger im grundständigen Studium an den Hochschulen dieser Länder, aber nur etwa 1,2 Prozent aller Studienanfänger aus dem alten Bundesgebiet. Bei der Einschätzung der Zuwanderung aus dem alten Bundesgebiet muß jedoch berücksichtigt werden, daß darüber hinaus eine bedeutende Zahl von Anfängern mit Wohnsitz im alten Bundesgebiet die Zugangsberechtigung noch in Ostdeutschland erworben hatte. Aus der Befragung der Studienanfänger 1993/94 läßt sich ableiten, daß unter den befragten Studienanfängern aus den alten Bundesländern etwa 20 bis 25 Prozent ehemals im ostdeutschen Raum wohnhaft waren. Daher lag die tatsächliche Zahl der Zuwanderer aus dem alten Bundesgebiet deutlich höher und könnte ca. 2.400 bis 2.500 Personen, d. h. 12 bis 13 Prozent der Studierendengesamtheit in den neuen Ländern erreicht haben.

Die Zahl der Zuwanderer aus dem alten Bundesgebiet erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr zwar erheblich, war jedoch insgesamt noch verhältnismäßig gering. Studierwillige aus den alten Bundesländern waren, wie die Befragung der Studienanfänger 1993/94 ergab, nach wie vor sehr zurückhaltend bei der Wahl einer Hochschule in den neuen Bundesländern. Für einen bedeutenden Teil von ihnen stellte die Studienaufnahme an einer ostdeutschen Hochschule offenbar eine notgedrungene Sekundärwahl dar. Von den Befragten aus den alten Bundesländern hatten 77 Prozent ursprünglich ein Studium an einer Hochschule im alten Bundesgebiet in Betracht gezogen.

Dementsprechend spielten auch unter den Gründen für die Wahl der Hochschulen (in Brandenburg und Sachsen) neben den außerhochschulischen Faktoren "Attraktivität von Stadt und Umgebung" (50 Prozent bedeutsam) und "preiswerte Unterkunft" (44 Prozent), die Zulassungsbeschränkungen an der ursprünglich gewählten Hochschule (43 Prozent) eine bedeutende Rolle. Andererseits besaßen die gebotenen Möglichkeiten der Spezialisierung im gewählten Fach mit 56 Prozent die größte Bedeutung, wie auch der gute Ruf und die Tradition der Hochschule (46 Prozent) ein besonderes Gewicht bei der Hochschulwahl.

Diese qualitativ-fachlichen Merkmale des Studienangebotes an den Hochschulen dieser Länder waren somit ein wesentlicher Beweggrund dafür, sich letztlich doch für diese Hochschulen zu entscheiden.



## 5. Ausblick

Studierwillige Schüler in den neuen Bundesländern äußerten auch noch kurz vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ein hohes Maß an Mobilitätsbereitschaft bei der Wahl der Hochschule. Bei der tatsächlich getroffenen Hochschulwahl reduziert sich diese Mobilitätsbereitschaft jedoch beträchtlich. Das trifft besonders auf die Wahl einer Hochschule im alten Bundesgebiet zu.

Diese Diskrepanz ist nur teilweise Ausdruck von noch wenig gefestigten Vorstellungen über die Wahl der Hochschule. Sie ist zum erheblichen Teil auf Unkenntnis der Rahmenbedingungen bzw. konkreten Gegebenheiten bei der Studienaufnahme wie Zulassungsbeschränkungen, Studienfinanzierung und Wohnraumbeschaffung und entsprechenden Problemen bei der Realisierung der Wandervorstellungen zurückzuführen.

Das Wandergeschehen zu den Hochschulen Ende der 80er Jahre in der DDR und die Wandervorstellungen bzw. -absichten der befragten Studierwilligen und Studienanfänger in den neuen Ländern belegen den erheblichen Einfluß dieser Rahmenbedingungen zur Studienaufnahme auf den Grad räumlicher Mobilität. Aufgrund bestehender ungünstiger Rahmenbedingungen zur Studienaufnahme, insbesondere infolge von Problemen der Studienfinanzierung und Wohnraumbeschaffung, kann das Studium an der ursprünglich gewählten bzw. bevorzugten Hochschule nicht aufgenommen werden und wird eher ein Studium in Heimatortnähe angestrebt und letztlich aufgenommen. Bei einem Teil der Studienanfänger führt dies somit zu notgedrungener Seßhaftigkeit.

Der weitere Verlauf des Wanderverhaltens der Studienanfänger aus bzw. des Wandergeschehens zu den Hochschulen in den neuen Bundesländern wird deshalb neben dem Fortgang der qualitativen und fachlich-strukturellen Entwicklung des Studienangebotes auch von der Gestaltung vor allem der sozialen Rahmenbedingungen zur Studienaufnahme bestimmt. Einen bedeutenden Einfluß darauf wird der Verlauf des weiteren wirtschaftlichen Aufschwunges in den neuen Ländern haben. Davon hängt ab, inwieweit sich die bisher abzeichnende Tendenz sowohl des stärkeren Verbleibs an den Hochschulen im Heimatbundesland als auch eines rückläufigen Anteils Studierwilliger, der sich für ein Studium im alten Bundesgebiet entscheidet, ausprägen wird.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß die Entwicklung des Studienfachangebotes in den neuen Bundesländern den Anteil der Studierenden mit Studienwunsch im Heimatbundesland wesentlich veränderte (Übersicht 5) und daß sich demzufolge das Studienanfängeraufkommen der Hochschulen zunehmend aus dem Sitzland rekrutiert (Übersicht 7).

Da der Hochschulausbau in den neuen Bundesländern noch nicht abgeschlossen ist, wird sich die ostdeutsche Hochschullandschaft insgesamt und in den einzelnen Bundesländern hinsichtlich ihrer qualitativen und fachlich-strukturellen Merkmale weiter vervollkommen. Dies wird zu einem Attraktivitätsgewinn für die ostdeutsche Hochschullandschaft führen mit einer Stärkung sowohl der regionalen Funktion der Hochschulen als auch der Anziehungskraft auf Fernwanderer. Daher ist zu erwarten, daß sich sowohl die Hinwendung der Studierwilligen zu den Heimathochschulen noch etwas vertärken als auch die Nachfrage nach Studienplätzen aus dem alten Bundesgebiet erhöhen wird.

Die infolge des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes noch schlechtere finanzielle Ausstattung der Haushalte in den neuen Bundesländern schränkt die räumliche Mobilität von ostdeutschen Studierwilligen zwar noch ein. Das Angebot an Wohnheimplätzen an den Hochschulen in den neuen Ländern bildete bisher aber noch einen gewissen mobilitätsfördernden Faktor für die Wahl der Hochschule im ostdeutschen Raum. Inwieweit diese Wirkung fort dauert, hängt davon ab, ob die bereits begonnene Modernisierung des Wohnheimbestandes im Hochschulbereich der neuen Länder auch weiterhin mit einem Abbau der Kapazitäten und erheblichen Mietanhebungen verknüpft sein wird. Bei einem weiterhin hohen Ausstattungsgrad mit Wohnheimplätzen könnte einerseits eine größere räumliche Mobilität von Studierwilligen aus den neuen Ländern, als dies unter den Studienanfängern im alten Bundesgebiet der Fall ist, erhalten bleiben. Andererseits würde dies auch die Anziehungskraft der Hochschulen im ostdeutschen Raum auf Studierwillige aus dem alten Bundesgebiet zusätzlich erhöhen.

Während die qualitativen Probleme und fachlich-strukturellen Defizite in der ersten Zeit der Erneuerung des ostdeutschen Hochschulwesens unter Studierwilligen in den neuen Ländern die Nachfrage nach Studienplätzen im alten Bundesgebiet anregte, entfällt durch die weitere Vervollkommnung der Hochschulausbildung in den neuen Ländern ein Teil der Gründe für eine Studienaufnahme an westdeutschen Hochschulen. Daher ist auch unter den Studierwilligen in den neuen Ländern ein rückäufiges Interesse an einer Studienaufnahme im alten Bundesgebiet festzustellen. Dies kann jedoch zum Teil ein Ausdruck dafür sein, daß die befragten Studierwilligen inzwischen besser als die vorangegangenen Jahrgänge die Rahmenbedingungen für die Studienaufnahme einschätzen können. Daher kann der zu erwartende Rückgang des Anteils von tatsächlich in die alten Länder Wandemder geringer ausfallen als durch das geäußerte Interesse signalisiert wurde.

Trotz der voraussichtlich sinkenden Wanderungsquote in die alten Länder ist aufgrund im neuen Bundesgebiet bis 2005 deutlich wachsender Studienanfängerzahlen (vgl. Adler, H.; Lischka, I.) nicht mit einem absoluten Rückgang der Studienplatznachfrage aus den neuen Ländern zu rechnen.

Der Rückgang der Quote von Bildungswanderern in die alten Länder trägt jedoch nur vorübergehenden Charakter. Mit der längerfristig zunehmend besseren finanziellen Ausstattung der Haushalte und der weiteren sozialen Integration und Annäherung der Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern an die im alten Bundesgebiet kann mit einem Wiederanstieg der Wanderungsquote gerechnet werden. Eine Modellrechnung zum zukünftigen Wanderungsverhalten ostdeutscher Studierwilliger zu den Hochschulen - unter Berücksichtigung der vorgesehenen Ausgestaltung der Hochschullandschaft und vergleichbarer Lebensbedingungen - ergab, daß von den Studienanfängern aus den neuen Ländern (einschließlich Berlin-Ost) im universitären Bereich ca. 17 Prozent das Studium im alten Bundesgebiet (einschließlich Berlin-West) aufnehmen könnten (vgl. Adler, H.; Lischka, I., S. 24). Unter Berücksichtigung der Studienanfänger an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen), die etwas weniger mobil sind, könnte dann aus den fünf neuen Ländern ein Anteil von ca. 15 Prozent der Studienanfänger zu den Hochschulen im alten Bundesgebiet wandern.

Dieser Wert läßt die Schlußfolgerung zu, daß die Wanderungsquote von Studienanfängern aus den neuen Ländern zu den Hochschulen im alten Bundesgebiet im Wintersemester 1992/93 durchaus im Bereich normaler Dimensionen lag.

Die Wanderungsbewegung von Studienanfängern aus dem alten Bundesgebiet zu den Hochschulen in den neuen Ländern hielt sich dagegen bisher in engen Grenzen. Verantwortlich dafür waren in erster Linie Vorbehalte gegenüber der Leistungsfähigkeit des Hochschulbereichs und wohl auch gegenüber den Lebensbedingungen in den neuen Ländern. Unter der Voraussetzung, daß der nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und den Vorhaben der Länder absehbare strukturelle Ausbau der Hochschullandschaft eintritt, daß ein mit dem Hochschulbereich im alten Bundesgebiet vergleichbares Attraktivitätsniveau erreicht und eine Angleichung der Lebensbedingungen erfolgt ist, kann ein normales Wanderungsgeschehen von West nach Ost erwartet werden. In diesem Fall könnte zukünftig von den Studienanfängern im alten Bundesgebiet ein Anteil von über 3 Prozent das Studium im neuen Bundesgebiet (einschließlich Berlin-Ost) aufnehmen (vgl. Adler, H.; Lischka, I., S. 24), darunter 2,5 bis 3 Prozent an den Hochschulen in den fünf neuen Ländern. Sollten jedoch besondere qualitative Kennzeichen der ostdeutschen Hochschullandschaft, wie überschaubare Hochschulen, günstigere Betreuungsrelationen und Kommunikationsbedingungen Hochschullehrer - Student und ein hoher Ausstattungsgrad mit Wohnheimplätzen, zukünftig erhalten bleiben bzw. sich weiter ausprägen, könnte dieser Wert noch übertroffen werden.



## 6. Literaturverzeichnis

Adler, H.:

Wanderungsabsichten von studierwilligen Gymnasialschülern in den neuen Bundesländern / Projektgruppe Hochschulforschung Berlin - Berlin, 1992 (Arbeitsmaterial)

Adler, H.; Lischka, I.:

Vorausschätzung: Entwicklung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen in den neuen Bundesländern / Projektgruppe Hochschulforschung Berlin - Berlin 1993 (Projektberichte 2/1993)

Andrang aus dem Osten bleibt aus. In: DUZ 21/90

Geißler, C.:

Hochschulstandorte - Hochschulbesuch / Technische Hochschule Hannover - Hannover, 1965 (Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Band 1)

Hinweise für Studienbewerber 1987 - Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen Berlin / Zentralstelle für Studienbewerbungen, Magdeburg

Hochschulrektorenkonferenz: Informationsdienst - Presseinformation vom 17. 12. 1991

Hochschulrektorenkonferenz: Informationsdienst - Dokumentation Nr. 33/1993 vom 14. Dezember 1993

HRK-Arbeitsbericht: Erstes deutsch-deutsches Rektorentreffen seit 24 Jahren - Presseerklärung der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 17. Januar 1990 - Hochschulrektorenkonferenz, Bonn, 1991 (Arbeitsbericht, 1990)

HRK-Mitteilungen. In: Deutsche Universitätszeitung (DUZ) Nr. 24/1990

Schneider, G.:

Studienwahlverhalten Jugendlicher - Motivation / Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin - Berlin, 1983 (Wissenschaftliche Arbeitsberichte Nr. 9/84)

Studien- und Berufswahl 1992/93 / Hrsg.: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung und Bundesanstalt für Arbeit - Bad Honnef: Bock-Verlag, 1992

Studien- und Berufswünsche der Abiturienten 1992 / Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Arbeitsunterlagen)

Studien- und Berufswünsche der Abiturienten 1993 / Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Arbeitsunterlagen)

Studenten an Hochschulen: Wintersemester 1991/92 / Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 1993 (Bildung und Kultur: Fachserie 11; Reihe 4.1)

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern / Statistisches Bundesamt Wiesbaden - Metzler-Poeschel, Stuttgart, 1991, Heft 1, 1991

